SITZUNGSVORLAGE

SV-Nr. 06//1061

Bedenken

entfällt

Abteilung/FB Fachbereich 21 Az:	<u>Datum</u> 01.02.2011			entlich	
Beratungsfolge:		<u>Sitzur</u>	Sitzungsdatum:		
Bau- und Umweltausschuss Planungsausschuss		16.02.2 16.02.2		zur Kenntnisnahme zur Kenntnisnahme	
Sachstandsbe 06//0952)	richt Schulwegsich	erheit Radv	weg Glaru	m (SV-Nr.	
Abstimmungserge	ebnis 🗌 Ja	☐ Nein	☐ Enthalt	ung	
eventuelle Einpla	ss des Verwaltungsau anung von Haushalts Glarum" durchzuführer	smitteln kurz			
ergab eine grund bis zu ca. 1,50 m von Grundstücks	ng der betroffenen Gru Isätzliche Bereitschaft I Breite für eine Realis Isflächen für eine Re bauung) wurde seitens	zum Verka sierung der F alisierung d	uf eines Gr Planungsvar er Planung	undstücksstreifens in iante 2. Eine Abgabe svariante 3 (Verlauf	
Verkehr in Aurich ein Radwegeaus	mit der Niedersächs (NLStBV) als Träger bau entsprechend de ei ist zunächst Folgend	der Landess r Variante 2	traße hatter 2 durch die	n zum Ergebnis, dass	
aufgrund o umsetzbar	u sollte in Anlehnung der örtlichen Verhältr ist, wäre ein planeri ozustimmen.	nisse nur m	it erheblich	en Einschränkungen	
		2			
SachbearbeiterIn	Fachbereichs	leiterIn:	Bürgern	neister:	
Haushaltsstelle:	☐ Mittel stehen zur Verfügur	ng			
bisherige SV:	☐ Mittel stehen in Höhe von zur Verfügung	€		UVP keine Bedenken	

☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung

 $\hfill \square$ Jugendbeteiligung erfolgt

 Der Einsatz von Schutzplanken kann nur unter strikter Einhaltung der einschlägigen Vorschriften erfolgen, was bedeutet, dass u. a. ein entsprechendes Erfordernis gemäß Richtlinie vorliegt und eine Unterbrechung für Ein- und Ausfahrten u. ä. zu vermeiden ist. Ein Einbau von Schutzplanken wird daher nicht in Frage kommen.

Stattdessen wird die Anpflanzung einer Hecke im Trennstreifen zwischen Radweg und Straße empfohlen.

- Ausreichende Entwässerungseinrichtungen sind planerisch zu berücksichtigen.
- Zur Berücksichtigung der korrekten Höhenlage, der Entwässerungsverhältnisse und weiterer technischer Erfordernisse wird voraussichtlich ein überwiegender Neubau des Radweges sinnvoll sein.
- Eine Kostenbeteiligung des Landes kann zurzeit nicht in Aussicht gestellt werden.

Unter Berücksichtigung der bis jetzt bekannten Anforderungen an Planung und Ausführung wurde die Kostenschätzung der Maßnahme überarbeitet und beläuft sich einschließlich Grunderwerb zurzeit auf insgesamt 276.000,- €.

Als erster Schritt wären eine Bestandsvermessung der örtlichen Gegebenheiten sowie eine Grenzfeststellung durchzuführen, um weitere Planungen entwickeln zu können. Entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von 15.000,- € müssten sofort bereit gestellt werden, wenn der beabsichtigte Zeitplan im Sommer bzw. in den Sommerferien 2011 eingehalten werden soll.